

Bern, 19. Juni 2015

Medienmitteilung

## Bessere Überwachung, gesünderer Bundeshaushalt, unnötiger Gegenvorschlag

### Sessionsbilanz Sommersession 2015

---

**Das Parlament sagt klar Nein zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe“. Diese hält nicht, was sie verspricht. Nächstes Jahr sollen 635 Millionen Franken gespart werden. Das Parlament hat dies im Rahmen des Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspakets (KAP) beschlossen. Die Strafverfolgungsbehörden sollen zur Überwachung Verdächtiger Trojaner in Computer einschleusen dürfen. National- und Ständerat stimmten der Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) zu. Die FDP will vom Bundesrat wissen, wie er die Schweiz besser vor terroristischen Anschlägen schützt. Dazu haben wir zwei Interpellationen eingereicht. Der Nationalrat will neue Regeln für einen schonenderen Umgang mit natürlichen Ressourcen prüfen. Er übersieht dabei, dass er damit ein neues Bürokratiemonster schafft.**

Die Volksinitiative der CVP, welche vorgaukelt die Heiratsstrafe abzuschaffen, war im Parlament chancenlos. Eine starre Definition der Ehe in die Verfassung zu schreiben ist weder sinnvoll noch zeitgemäss. Die FDP setzt sich dafür ein, dass steuerliche Benachteiligungen aufgehoben werden und fordert, dass jede und jeder seine Lebensform frei wählen kann.

#### Gesünderer Bundeshaushalt

National- und Ständerat haben den Weg freigemacht, damit im Bundeshaushalt im nächsten Jahr 635 Millionen Franken gespart werden können. Genauso fordert die FDP, überlegter mit den Bundesfinanzen umzugehen. Der Staat soll nicht immer weiter auf Kosten der Wirtschaft wachsen. Gestützt mit einem Beschluss der Delegiertenversammlung setzt sich die FDP für einen ausgewogenen Finanzhaushalt ein.

#### Bessere Überwachung

Gemäss dem Leitsatz „Mehr Sicherheit für unsere Freiheit“ hat das Parlament Ja gesagt, das BÜPF und die Strafprozessordnung an die technische Entwicklung der letzten Jahre und im Rahmen des Möglichen an die künftigen Entwicklungen in diesem Bereich anzupassen. Das Ziel besteht ausdrücklich darin, nicht mehr, sondern besser überwachen zu können. Dies ist ein wichtiger Schritt, unseren Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft Sicherheit bieten zu können.

#### Schutz vor Terroristen

Die FDP-Liberale-Fraktion will vom Bundesrat wissen, wie er die Schweiz vor Terroristen, die als Flüchtlinge getarnt einreisen, schützt. Dieses Jahr werden voraussichtlich gegen 30'000 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch stellen. Ein beträchtlicher Anteil davon kommt aus Staaten mit starker Terrorismusaktivität. Zudem plant der Bundesrat über Flüchtlingskontingente 3'000 Syrer aufzunehmen. Ist die Schweiz genügend geschützt? Gibt es genügend Personal und Mittel, um potentielle Attentäter früh genug zu erkennen? Mit zwei Interpellationen verlangen wir klare Antworten auf diese und weitere Fragen.

#### Unnötiger Gegenvorschlag

Mit Stichentscheid des SP-Nationalratspräsidenten will die grosse Kammer ein neues Bürokratiemonster schaffen. Nun soll über einen unnötigen Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ diskutiert werden. Diese hat zum Ziel, das Umweltschutzgesetz zu revidieren. Ein solches Vorhaben ist aber schlicht nicht nötig. Das Umweltschutzgesetz trägt in seiner bestehenden Form durch seine Vorgaben und Auflagen in ausreichendem Masse zum Schutz und Erhalt unserer Umwelt bei.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

---

### Kontakte:

- › Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88
  - › Ignazio Cassis, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 318 20 30
  - › Felix Gutzwiller, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 419 32 55
  - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
  - › Aurélie Haenni, Mediensprecherin Westschweiz, 079 315 78 48
-